

Berlin/Kiel, 19. 11. 2020

An den Ministerpräsidenten
Des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Daniel Günther
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

Im Durchdruck:
Herrn Minister Dr. Buchholz

Betr.: Gesamtlärbetrachtung für die Strecke Lübeck – Puttgarden

Anlagen: mein Schreiben an Minister Scheuer, Eckpunkte des Dialogforums

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Seit fast 10 Jahren befasst sich unser Dialogforum mit praktischen Lösungen für den Belttunnel und seine Hinterlandanbindungen. Zu unseren Lösungsvorschlägen gehört auch die Zusammenlegung von Schiene und Straße. Dies wurde dankenswerter Weise in der Planung der DB weitgehend berücksichtigt. Damit stellt sich nun die Frage nach einer Gesamtlärbetrachtung. Es erscheint doch wenig sinnvoll, dass Straße und Bahn ihren Lärmschutz jeweils für sich alleine planen und bauen, und dann im Extremfall 4 Lärmschutzwände errichten, oder, noch schlimmer, überhaupt keine, weil Bahn- und Straßenlärm im Einzelfall jeder für sich genommen unterhalb der Schwelle liegen. Dies würde in der Region auf Unverständnis stoßen.

Wir haben uns daher intensiv mit der Gesamtlärbetrachtung befasst, eine eigene Arbeitsgruppe unter Hinzuziehung externer Experten gegründet und dabei u.a. festgestellt, dass bereits der Koalitionsvertrag der Großen Koalition eine Gesamtlärbetrachtung fordert. Zudem schreibt der Bundestagsbeschluss zu übergesetzlichen Lärmschutz an der Aus - /Neubaustrecke Hamburg-Lübeck-

Puttgarden v. 2. 7. 2020 (BtDrS 19/20624) fest, dass das Bundesverkehrsministerium „...

die Einführung einer Gesamtlärbetrachtung gemäß des Koalitionsvertrages v. 12. 3. 2018 zügig vorantreiben“ wird. Er sieht außerdem vor, dass eine Gesamtlärbetrachtung für unserer Strecke durchzuführen ist, „wenn die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses in Kraft treten.“ Damit besteht die Gefahr, dass es nach der Planfeststellung zu einer Regelung käme, die auf unsere Strecke nicht mehr zur Anwendung käme. Dies wäre in der Region nicht zu vermitteln.

Damit stehen wir unter enormen Zeitdruck. Das 36. Dialogforum hat deshalb Eckpunkte für eine mögliche Regelung verabschiedet und mich als Sprecher gebeten, diese an die Landesregierung wie auch an den Bundesverkehrsminister zu übermitteln, was ich hiermit tue.

Das Dialogforum bittet darüber hinaus die Landesregierung,

- 1.) eine entsprechende Bundesratsinitiative zu unternehmen bzw. diese zu intensivieren und
- 2.) ein entsprechendes Modellverfahren durch Vereinbarungen zwischen Autobahngesellschaft/DEGES und DB mit Nachdruck zu initiieren.

Letzteres hätte u.U. den Vorteil, dass nicht auf eine gesetzliche Regelung gewartet werden müsste.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, bitte haben Sie Verständnis für unser Vorgehen; angesichts des Zeitdruckes sehen wir keine andere Möglichkeit, als alle drei Varianten zeitgleich mit Nachdruck zu verfolgen. Dabei sind wir auf die Hilfe der Landesregierung angewiesen.

Auf Wunsch stehen ich wie auch der von uns damit befasste Lärmexperte, Herr Dipl.-Ing. Popp, für weitere Fragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Christoph Jessen